

// NR. 4-2023 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom **Fachbereich Seniorenpolitik**
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (**GEW**)
Landesverband Baden-Württemberg



www.gew-bw.de

2 INHALT

- 3 Auf ein Wort
- 4 Nachruf
- 4 Kurz notiert
- 5 Eugen-Rombach-Tage 2023
- 6 50 Jahre Schiess-Erlass
- 8 Atomausstieg
- 10 Herbsttagung: Nichts ist, wie es scheint
- 12 Auf Reisen
- 13 Veranstaltungen
- 14 Satirisches: Schöne neue Welt
- 15 Ginko

Impressum

Aktiver Ruhestand, herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg.

Redaktion: Barbara Haas, Beatrix Boestel, Erwin Trunk und Roland Jost

Anschrift: Barbara Haas, Schleifmühlweg 35, 72070 Tübingen, Tel. 0175 2029396

E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 21030-70

Gestaltung: Alexandra Winter, DruckSache

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzel exemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. AR

Titelbild: Vergänglichkeit; Anne Jenter

Dezember 2023

Auf ein Wort



Liebe Kolleg*innen,

immer wieder begegnen mir in Gesprächen ältere Menschen, die es nicht für notwendig halten oder sich scheuen, in ihren Kommunen Verbesserungen der Altenhilfe einzufordern. Die Gründe sind oft vielschichtig: sei es die individualisierte Position älterer Menschen, sei es das eigene finanzielle Auskommen, das es möglich macht, die Diskriminierungen, denen wir begegnen, aus eigener Kraft auszugleichen, sei es aber auch die weltpolitische Lage, eine Zeit mit kriegerischen Auseinandersetzungen, die Menschenleben fordern auf allen Seiten, die das Hab und Gut vieler Menschen vernichten und Hass zwischen Menschengruppen schüren. Es ist schwer, in diesen Zeiten Forderungen für unsere spezielle Personengruppe zu artikulieren, wenn es uns doch privat ziemlich gut geht.

Auf der anderen Seite wissen wir, dass das „In-Würde-Altern“ auch in unserem Land nicht für alle älteren Menschen im gleichen Maße gilt. Wir wissen auch, dass immer mehr Menschen in ein Alter kommen, in dem sie Unterstützung brauchen. Bis 2030 wird die Zahl der als pflegebedürftig erfassten Menschen (2021: 4,96 Millionen) auf rund sechs Millionen gestiegen sein. Und auch in der Lebenszeit, in der wir noch keinen Pflegegrad haben, gibt es Situationen, in denen wir Hilfe und Unterstützung brauchen.

Dafür gibt es im Sozialgesetzbuch XII durchaus Möglichkeiten für die Kommunen.

Leider wird einem zentralen Satz des § 71 SGB XII zur Altenhilfe in vielen Kommunen nur ansatzweise Rechnung getragen: **„Die Altenhilfe soll dazu beitragen, Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen, zu verhüten, zu überwinden oder zu mildern und alten Menschen die Möglichkeit zu erhalten, selbstbestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen und ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken.“**

Es folgen im Gesetz mehrere Beispiele, die sich auf Beratung und Unterstützung älterer Menschen beziehen und individuelle Leistungsansprüche der älteren Menschen festschreiben. Da sind genannt: die Unterstützung beim gesellschaftlichen Engagement älterer Menschen; Hilfe bei der bedürfnisgerechten Wohnungssuche; bei Fragen im Umfeld der Pflege; bei al-

len Fragen zu altersgerechten Diensten; bei den Leistungen zur Teilnahme an Bildungsveranstaltungen; bei den Möglichkeiten Kontakte zu nahestehenden Personen wahrzunehmen; Unterstützung zur Vorbereitung auf das Alter – und das alles ohne Ansehen des Einkommens der betroffenen Person.

Die Träger sind die kreisfreien Städte und die Kreise. Diese haben die Verpflichtung, auch für offene Altenarbeit entsprechende Strukturen vorzuhalten.

Die BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) hat nun zu diesem Anspruch ein Rechtsgutachten* in Auftrag gegeben bei Prof. Dr. Johannes Hellermann von der Universität Bielefeld, Professor für öffentliches Recht, Finanz- und Steuerrecht.

Er kommt zu dem Schluss, dass Städte und Kreise verpflichtet sind sicherzustellen, dass Beratung und Unterstützung „jedenfalls auf einem Mindeststandard“ wirksam erbracht werden können. Die BAGSO ruft Bund und Länder auf, im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten die offene Altenhilfe zu befördern und damit auch gleichwertige Lebensbedingungen sicherzustellen.

Hier schließt sich der Kreis: Die Kommunen sind relativ autark in ihrem Tun für unsere Altersgruppe. Wenn wir nicht selbst Forderungen stellen, tut sich in vielen Kommunen für die offene Altenarbeit wenig oder nichts. Wir haben daher in zwei GEW-Veranstaltungen (Eugen-Rombach-Tage 2023 und Seminar „Fünf Jahre im Ruhestand und nun?“) gefragt, was wir denn in Wahlveranstaltungen vor den Wahlen am 9. Juni 2024 fordern könnten (natürlich abhängig von den einzelnen Städten und Kreisen). Unter folgenden Fragestellungen werden wir sie im nächsten AR abdrucken: **Was sollte an meinem/unserem Wohnort aus Senior*innensicht besser werden? Welche Struktur brauchen wir dazu?** Viel Erfolg!

Barbara Haas

*Das Rechtsgutachten ist zu finden unter www.bagso.de: Sorge und Pflege; Neue Strukturen in kommunaler Verantwortung

Maria Schilling - Ein Urgestein der Tuttlinger GEW

Am 13. September 2023 wurde Maria Schilling im Alter von 94 Jahren in Nendingen zu Grabe getragen. Mit ihr verliert die Tuttlinger GEW ein treues Mitglied, das 65 Jahre lang für die GEW in Tuttlingen in vielfältiger Hinsicht tätig war. Zuvorderst führte sie Jahrzehnte lang mit höchster Sorgfalt die Vereinskasse. Aber nicht nur in monetärer Hinsicht war sie mit Leib und Seele Gewerkschafterin. Mit großem Engagement beteiligte sie sich an zahlreichen Aktionen, in denen die GEW in der Öffentlichkeit auftrat, bis hin zur Teilnahme an Demonstrationen. Für sie war die GEW einfach ein wichtiger Teil ihres Lebens.

Wie für andere war ihr beruflicher Werdegang, besonders am Anfang ihrer Dienstzeit, eine große Herausforderung. In atemberaubendem Tempo wurde sie von einer Schule in die andere versetzt. Mahlstetten, Oberndorf, Trossingen, Deilingen, Renquishausen, Gosheim, Wilhelmschule Tuttlingen waren ihre Stationen, teilweise unter haarsträubenden Bedingungen. So musste sie sich in der Küche des Schulleiters waschen. Und ihre erste Anschaffung in ihrer neuen Umgebung war der Kauf von Mausefallen. Erst als sie 1972 Konrektorin an der Schillerschule in Tuttlingen wurde, konnte sie sich vor einer Versetzung sicher fühlen. Nachdem die Mengenlehre Einzug in den Mathematikunterricht der Schule gehalten hatte, war sie es, die bereit war, die Kollegen in dieser ungeliebten Methode fortzubilden.

In ihrem Privatleben engagierte sie sich mit voller Kraft für andere Mitmenschen, vor allem für solche,

die in Not waren. Sie rief eine Hospizgruppe ins Leben und engagierte sich im Caritasverband für Menschen, die dringend Hilfe benötigten. Als ihre eigenen Kräfte sie verließen und sie selbst Hilfe benötigte, waren aber dann auch andere Menschen bereit, sie zu begleiten. Umsorgt von zwei Freundinnen und einem Ehepaar aus der Nachbarschaft konnte sie letztendlich friedlich einschlafen.

Erwin Ulmer, KV Tuttlingen



Kurz notiert

Etat-Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung?

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) wurde 1952 gegründet. Ihre Schriften zu Politik und Zeitgeschichte sind bekannt, ebenso wie ihre Seminare, Fortbildungen und Hintergrundinformationen im Netz. Viel genutzt vor Wahlen wird der Wahl-O-Mat, mit dem Wähler*innen überprüfen können, welcher Partei sie inhaltlich nahestehen.

Der Etat der beim Innenministerium angesiedelten Behörde soll jetzt aber im Zeichen der Haushaltskonsolidierungen um etwa ein Fünftel von aktuell rund 96 Millionen Euro um 20 Millionen Euro auf 76 Millionen Euro schrumpfen. Das hat für heftige Kritik gesorgt, mit Hinweis auf das aktuell angeschlagene Demokra-

tie-Vertrauen und die Hinwendung zu erstarkenden extremen Kräften. So sieht z.B. Norbert Röttgen in der geplanten Mittelkürzung „ein fatales Signal mit dramatischen Auswirkungen“, das „zur völligen Unzeit“ komme. Mit der Mittelkürzung verlieren auch viele gemeinnützige Anbieter ihre Unterstützung. Tatsächlich haben sich die Ampelparteien im Koalitionsvertrag auf eine Stärkung der Demokratie durch Bildung ausgesprochen. So heißt es wörtlich:

„Wir wollen die politische Bildung und die Demokratiebildung entlang der Bildungskette stärken, die Projektmittel der Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit achten.“

Inzwischen häuft sich jedoch die Kritik an der geplanten Kürzung auch in den Reihen der Ampel. Innenministerin Faeser selbst setzt sich für Nachbesserungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung ein. Durch behördeninterne Umschichtungen und der Nutzung von Mitteln aus den Vorjahren sei eine Finanzierung „in gleicher Stärke wie bislang“ möglich. Allerdings sind die bei der Bundeszentrale aufgestauten Millionen, die während der Coronazeit nicht ausgegeben werden konnten, inzwischen aufgebraucht. Bisher ist der Bundesetat für 2024 noch nicht genehmigt worden, er sieht insgesamt Ausgaben von 445,7

Milliarden Euro vor, etwa 30 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr. Im Dezember soll die Entscheidung im Bundestag fallen.

Marion Will



Link zu einem Interview mit Thomas Krüger, Präsident der Landesstelle für politische Bildung.

<https://table.media/berlin/analyse/thomas-krueger-bundeszentrale-fuer-politische-bildung-eine-behoerde-wie-die-bpb-muss-immer-um-ihre-unabhaengigkeit-kaempfen/>
(Kann mit der Fotofunktion des Handys gescannt werden.)

Eugen-Rombach-Tage 2023:

Sterben und Tod – ein Tabuthema in unserer Gesellschaft, über das sich zu sprechen lohnt

// Ein ungewöhnliches Thema für eine Tagung, doch Sterben und Tod gehören untrennbar zum Leben. Die frühe gedankliche Beschäftigung mit dem eigenen Sterben kann Ängste nehmen, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Vorstellungen zum Tod das Leben bereichern und ihm Sinn geben. //

Hauptreferent der Eugen-Rombach-Tage war in diesem Jahr Professor Dr. Hans-Werner Stahl. „Papa, wie geht Sterben?“, diese Frage seines todkranken, achtjährigen Sohnes brachte Dr. Stahl dazu, sich mit Erkenntnissen aus der Nahtodforschung zu beschäftigen.

In der Literatur werden zur Erklärung der Nahtoderfahrungen zwei unterschiedliche Interpretationen beschrieben, eine biologisch-psychologische (die Erklärung wird in der Reaktion des Gehirns gesehen) oder eine transzendente (die Erklärung bezieht ein mögliches Überleben der Seele, ihre Trennung vom Körper, ein).

Herr Dr. Stahl kam zum Ergebnis, dass die Berichte von Menschen mit Nahtoderfahrungen sich in vielen Einzelheiten ähneln, sei es das Verlassen des eigenen Körpers, das Tunnelerlebnis mit einem sehr hellen, warmen Licht an dessen Ende, das Begrüßwerden durch vertraute Menschen, eine Art Lebensrück-

schau und am Ende das Empfinden von Liebe und das Gefühl großer Ruhe. Aus diesem friedvollen Zustand wollten diese Menschen nicht mehr zurück in ihren Körper und ins Leben.

Da viele Menschen von ähnlichen Erlebnissen berichten, stellte er die These auf, dass Tod und Sterben nur den physischen Körper betreffen, die Seele jedoch bei Erhaltung der Ich-Identität weiterlebe. Daran schloss sich ein Ausflug in die Reinkarnationsforschung an. Schlussendlich sei diese Vision einer Seele, die nicht mit dem Körper sterbe, eine Möglichkeit, Menschen die Angst vor dem Sterben zu nehmen und ihr Leben bereits vor dem Tod zu verändern.

Dr. Stahls Ausführungen zu Nahtoderlebnissen und seine Schlussfolgerungen regten im darauffolgenden Workshop zu lebhaften und kontroversen Diskussionen an.

Ausführlich kann man diese Thesen in seinem Buch „Keine Angst vor dem Sterben“ nachlesen.

Ganz konkrete Unterstützung erhielten die Teilnehmer*innen von der Rechtsanwältin Irene Meixner, die Vorsorgemaßnahmen wie Patientenverfügung, Betreuungsverfügung oder Generalvollmacht an vielen Beispielen erklärte und wichtige Hinweise gab. Der wichtigste Hinweis von allen war sicherlich die Aufforderung, umgehend die entsprechenden Verfügungen und Vollmachten aufzusetzen, soweit das noch nicht geschehen sei.

Ein besonders emotionales Thema war ein Film zur Suizidbeihilfe. Vorgestellt wurden drei Männer mit massiven Einschränkungen im täglichen Leben. Während ein vom Kopf abwärts gelähmter Mann für den

straffreien Zugang zu einem sanften Mittel des selbstbestimmten Suizids, dem Medikament Natrium-Pentobarbital, kämpfte und ein weiterer sich mit seiner eingeschränkten Lebenssituation abgefunden hatte, ihr sogar Positives abgewinnen konnte, begleitete man einen jungen, gelähmten Mann an seinem letzten Tag, bevor er sich in die Schweiz zum begleiteten Suizid fahren ließ.

Diesen Film kann man auch in der Mediathek der ARD unter dem Titel „Harald Mayers Kampf um Sterbehilfe“ abrufen.

Marion Will



Jahrestag

„Freiheit, die wir meinen!“

// Veranstaltung der „Initiative gegen Radikalenerlass und Berufsverbote Baden-Württemberg“ zum 50. Jahrestag des „Schuss-Erlasses“ in Karlsruhe. //

Über 100 Menschen waren am 28. September gekommen, und der Ziegleraal im Karlsruher Restaurant „Akropolis“ war bis auf den letzten Platz ge-

füllt, als Gerlinde Fronemann die Anwesenden mit einführenden Worten begrüßte: Vor 50 Jahren, am 02. Oktober 1973, war in Baden-Württemberg der

sogenannte Schiess-Erlass in Kraft getreten, jene besonders konsequent angelegte Variante des ein Jahr zuvor, am 28.01.1972, vom Bund und den Ländern beschlossenen ‚Radikalenerlasses‘. Zu verantworten hatte der baden-württembergische Innenminister, der Jurist Karl Schiess, den Beginn einer zwischen 1973 und 1990 besonders intensiv (und länger als in anderen Bundesländern) betriebenen Gesinnungsüberprüfung. Über 665.000 Bewerber*innen für den öffentlichen Dienst, gleichgültig, ob es sich um eine Beamtenstelle oder eine Tätigkeit als Angestellte*r, beispielsweise als Reinemachefrau in Aushilfstätigkeit (!), handelte, wurden per sogenannter ‚Regelanfrage‘ beim Verfassungsschutz überprüft. Über 200 Bewerber*innen wurden abgelehnt – wobei es diesbezüglich wohl eine Dunkelziffer gibt – und 66 wurden aus ihren Dienstverhältnissen entlassen.

Eine von der Landesregierung in Auftrag gegebene Forschungsstudie einer Historiker-Arbeitsgruppe der Universität Heidelberg unter Federführung von Prof. Dr. Edgar Wolfrum, die 2022 unter dem Titel „Verfassungsfeinde im Land? Der >>Radikalenerlass<< von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs“ erschien, kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass der Verfassungsschutz und die Administration vor allem nach ‚links‘ spähten bzw. ermittelten, auf dem ‚rechten Auge‘ jedoch zumeist blind blieben. Die Aufarbeitung dieser unsäglichen, in der Europäischen Gemeinschaft einmaligen Praxis, die im Jahr 2003 unter der damaligen Kultusministerin Annette Schavan mit der Verfolgung des Heidelberger Lehramtsanwärters Michael Cszakóczy eine (versuchte und letztlich doch gescheiterte) Neuauflage erfuhr, ist längst nicht abgeschlossen – etwa 2000 Akten harren noch der Aufarbeitung.

Nach kurzen Grußworten der stellvertretenden Vorsitzenden des GEW-Kreises Karlsruhe, Corinna Blume, begann ein Kulturabend, dessen literarisch geprägtes Programm vielfältiger nicht hätte sein können. In einer etwa 85-minütigen Bild-, Text- und Tonmontage gab das Quintett mit dem treffenden Namen „Bunte Vielfalt statt völkische Einfalt“ sein Repertoire zum Besten. Bettina Franke, Monika-Margret Steger, Bernd Köhler, Einhart Klucke und Michael Cszakóczy entfalteten ein Kaleidoskop an vorgelesenen bzw. vorgetragenen, immer wieder musikalisch unterlegten Texten bekannter Autor*innen oder aus eigener ‚Werkstatt‘, die um die Thematik des Abends kreisten: Untertanenmentalität, Recht auf freie Meinungsäußerung, staatliche Repression(sversuche) in verschiedenen historischen Kontexten seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert und Beispiele des (literarischen) Aufbegehrens. So wurde das Motto des Abends nicht nur mit Immanuel Kant und einem Ausschnitt aus Ödön von Horvaths „Jugend ohne Gott“ eröffnet, sondern

auch sehr gelungen mit dem sarkastisch-melancholischen Gedicht „Wohlgeboren“ (1842) des radikalen Demokraten und Vormärz dichters Georg Herwegh vertieft. Dieser Text mit der sich in allen Strophen wiederholenden Refrainzeile „Ich will ein guter Bürger werden“ ergreift ebenso unmissverständlich Partei gegen Obrigkeitstreue und Unterdrückung wie Jens Hagens aus den 1970er Jahren stammende satirische Umdichtung des bekannten Grimm’schen Märchens „Tischlein deck dich“, das an einen (manchmal schon vergessenen) Vorgang aus dem Jahr 1837, einer ‚Frühzeit‘ von Berufsverboten, erinnerte. Damals entließ König Ernst August von Hannover die „Göttinger Sieben“, jene sieben Professoren, unter ihnen die Brüder Grimm, die gegen die Absetzung der hannoveranischen Verfassung, also gegen Verfassungsbruch, protestiert hatten.



Weiter im Programm ging es mit Hoffmann von Fallersleben und mit Zitaten aus Heinrich Bölls Streitschrift „Radikalität und Hoffnung“ (1976), bevor ein ‚Klassiker‘ aus der Vielzahl von Texten zum Thema, Franz Josef Degenhardts „Befragung eines Kriegsdienstverweigerers“ (1972), die Erinnerung an die jahrelangen intensiven Proteste und Demonstrationen gegen den „Radikalenerlass“ und seine Folgen nochmals vertiefte. Die (bitter anmutenden) sarkastischen Verszeilen, „Also, Sie berufen sich hier pausenlos aufs Grundgesetz / Sagen Sie mal / Sind Sie eigentlich Kommunist?“, widerspiegeln das damali-

ge Klima in den ‚Befragungen‘ auch heute noch auf unnachahmliche Weise. Eindrücklich war auch die Darbietung Einhart Kluckes, der, mit Tönen aus einem elektronischen Klanginstrument sich selbst begleitend, über das Wegschauen bei Äußerungen und Tätigkeiten von Nazis sinnierte. Mit der verstörend-beklemmenden theatralen Darbietung einer Szene aus George Taboris Drama „Jubiläum“, 1983 zum 50. Jahrestag der Machtergreifung geschrieben, trug Monika-Margret Steger einen weiteren Mosaikstein bei, bevor zum Abschluss Michael Cszazkóczy textlich und musikalisch nochmals den Fokus auf jüngste, nur wenige Jahre zurückliegende Einschüchterungsversuche und Bespitzelungen im Hinblick auf seine Person präsent machte.

Am Ende dieses Abends, der neben der GEW auch vom

DGB, von Ver’di und von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg unterstützten Veranstaltung, wurde nochmals eindrücklich sichtbar, dass der ‚Radikalerlass‘ (und seine Variante, der „Schiess-Erlass“) durchaus als „eines der folgenreichsten Desaster der Geschichte der alten Bundesrepublik“ zu bezeichnen ist, wie Heribert Prantl in der Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ vom 23./24.01.2021 anmerkte. Und noch immer gibt es keine vollständige Rehabilitation aller Betroffenen und auch keine finanzielle Wiedergutmachung, nicht einmal in Baden-Württemberg mit einem grünen Ministerpräsidenten, der als Referendar bzw. junger Lehrer selbst einmal Mitte der 1970er Jahre vom Berufsverbot existenziell betroffen war – nicht nachvollziehbar...

Roland Jost

Gedanken zum Atomausstieg

Abgeschaltet, aus und vorbei – wirklich?!



Es war im Jahr 1957, als in Deutschland der erste Atomreaktor in Betrieb genommen wurde, und im Juni 1961, als der erste Atommeiler in Kahl (Bayern) Strom ins Netz einspeiste. Seit dieser Zeit, vor allem dann verstärkt ab den 1970er Jahren, gab (und gibt) es die intensiven, teilweise erbittert geführten Auseinandersetzungen über den Nutzen und die Gefahren der Stromgewinnung durch die Technik der Kernspaltung, nachdem zu Beginn diese Technik für die meis-

ten Menschen in Deutschland eher die Hoffnung auf eine saubere, schier unerschöpfliche Energiequelle geweckt hatte. Das heißt auch: Für die meisten von uns Pensionär*innen war (und ist) dieses Thema ein gesellschaftliches Feld, dem wir über unser gesamtes (Berufs-)Leben hinweg immer wieder auf allen möglichen Ebenen begegneten und vermutlich auch weiterhin begegnen werden.

Auf der einen Seite war die Gründung der Partei „Die Grünen“ (1980) neben anderen Impulsen ganz entscheidend der Protestbewegung gegen die Atomkraft geschuldet, zum anderen gilt bis heute der Widerstand im badischen Wyhl ab 1975 gegen den Bau eines Atommeilers als die erste große, in Sachen Umweltproteste erfolgreiche Widerstandsbewegung; deren Rückgrat bildete die für bundesrepublikanische Verhältnisse damals noch ungewohnte Organisationsform der ‚Bürgerinitiative(n)‘. Weitere über Jahre hinweg in allen Medien massiv präsente Bewegungen sollten folgen: So beispielsweise ab 1985 gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) für abgebrannte Brennstäbe in Wackersdorf (1989 eingestellt) oder ab 1979 die Auseinandersetzungen um die Endlagerstätte für hochradioaktiven Atommüll in Gorleben (erst 2021 beendet, als das Bundesumweltministerium das endgültige Aus und den Rückbau des Endlagers verkündete).

Nicht unerwähnt bleiben sollten die unzähligen ‚kleine(re)n‘ Proteste zu bestimmten Jahrestagen oder aus konkreten Ereignissen heraus etwa vor den Toren der Atommeiler oder als ‚Begleitereignisse‘ von Castor-Transporten. Ich beispielsweise demonstrierte mehrere Male am Neckarwestheimer AKW – und GEW-Kolleg*innen waren stets dabei. So ist das Thema Atomkraft auch in meinem Leben seit Jahrzehnten präsent, und zwar nicht nur in Diskussionen, vereinzelt Aktionen und mittels der Informationen aus den Medien. Ich erinnere mich daran, wie der Atomunfall vom 28. März 1979 im AKW von Harrisburg im US-Bundesstaat Pennsylvania mit einer partiellen Kernschmelze, der Freisetzung von Radioaktivität und der zeitweiligen Evakuierung bzw. Flucht von fast 200.000 Menschen aus dem Gebiet um das Kraftwerk herum noch ein weitgehend wenig medial wahrgenommenes Ereignis war, das dennoch verstörte. Umso massiver griff für viele von uns im April 1986 die Explosion im Reaktorblock 4 des Atomkraftwerks von Tschernobyl in unser Alltagsleben ein. Die freigesetzten Radionuklide, die sich durch Windverfrachtung bzw. radioaktiven Fallout über weite Teile Europas verteilten, sorgten dafür, dass Obst und Frischgemüse von erheblichem Wert vernichtet wurden und beispielsweise Pilze und Wildfleisch, vor allem bei uns in Süddeutschland, über Jahre hinweg stark belastet blieben. In unserer Gemeinde wurde auf den Kinderspielplätzen der Sand ausgetauscht, und wir als Familie mit einem damals dreijährigen Kind schränkten unsere Aufenthalte im Freien für längere Zeit deutlich ein.

Sinkende Akzeptanz in der gesamten Bevölkerung war die Folge dieses Reaktorunfalls, die dann angesichts der Kernschmelzen in drei der sechs Reaktoren in Fukushima am 11. März 2011 als Folge eines größeren Seebebens in den Atomausstieg (nicht nur) in Deutschland mündete. Das in den Jahren zuvor gelegentlich in Diskussionen mit manchen Kernkraftbefürworter*innen zu hörende überhebliche Mantra, dass ein Tschernobyl in einem Land mit westlichem Technik-Standard und ebensolchen Sicherheitsbestimmungen nicht möglich wäre, verstummte glücklicherweise. Die mit regelmäßiger Wiederholung an die Wand gemalten Menetekel, dass ohne Atomstrom bald die Lichter ausgingen, musste ich belächeln: Schon 1975 angesichts der Proteste in Whyll verbreitete der damalige MP Filbinger gezielt solchen Unsinn. Und angesichts der im Winter 22/23 wieder einmal ähnlich gestreuten Angstvisionen vor (künftigen) Blackouts, wenn wir nicht (mindestens) die noch verbliebenen drei Meiler im Streckbetrieb oder besser: noch weitere zwei Jahre am Laufen hielten, fiel mir ein: Nach dem GAU in Fukushima wurden in kürzester Zeit in Japan 54 AKWs abgeschaltet – und

es gab keine Blackouts, weil die Verantwortlichen ein kluges Lastmanagement mit Ampelsystem etablierten (das es übrigens in Frankreich auch gibt). Und angesichts der Tatsache, dass die drei letzten deutschen Atommeiler gerade einmal vier Gigawatt von insgesamt 223 Gigawatt installierter Kraftwerksleistung ausmachten, ist mir klar: Mir ist nicht bange vor einem Strommangel, und das Klima wird von weiterlaufenden AKWs auch nicht gerettet. Umgekehrt wird eher ein Schuh daraus, wie ein Blick nach Frankreich lehrt: Wegen Wassermangel in den Flüssen, der sich nicht nur auf die heißen Sommermonate beschränkt (und sich angesichts des Klimawandels noch verschärfen wird) und wegen massiv aufgetretener Risse in den Leitungssystemen fuhren im letzten Jahr von den 56 Reaktoren weniger als die Hälfte volle Leistung – Frankreich musste Strom importieren, und der stammte teilweise aus CO₂-Schleudern, nämlich Kohlekraftwerken.

Auch das häufig gehörte Argument, die meisten anderen Länder zögen beim Ausstieg nicht mit und der Anteil an Atomstrom nähme zu, ist trotz verschiedener Neubauten bzw. deren Planungen nicht richtig: Lag 1996 der Anteil der Atomkraft weltweit noch bei 17,5% der Stromerzeugung, liegt er inzwischen nur noch bei 9,8%. Und dies hat u. a. auch damit zu tun, dass Atomstrom der teuerste Strom überhaupt ist (und bleibt), vor allem wenn man eine realistische Gesamtrechnung aufmacht, die auch die horrenden staatlichen Subventionen nicht einfach unter den Tisch fallen lässt, die den Atomstrom von Anfang an begleitet haben. Aktuelle konkrete Beispiele sprechen eine ebenso klare Sprache: Der vielgepriesene neue Kraftwerkstyp (EPR) in Olkiluoto (Finnland) ging über 13 Jahre verspätet ans Netz und kostete dreimal so viel wie geplant; und der EPR-Reaktor in Flamanville (Frankreich) kostet voraussichtlich fast viermal so viel wie geplant und ist auch nach mehr als zehn Jahren Bauverzögerung noch nicht am Netz. Und wie sieht es mit einer sicheren Endlagerung des Atom Mülls aus? Und was bedeutet es, dass in Deutschland die Haftpflichtversicherungssumme für Atomkraftwerke bei einigen hundert Millionen gedeckelt ist, die Folgekosten eines GAU aber das Tausendfache (!) betragen können? Und, und, und...

Für mich bleibt als Fazit einer langen Geschichte um das Für und Wider von Atomstrom, aber auch angesichts der in Deutschland (zumindest momentan) massiv angestiegenen Zustimmung zur Kernenergie die bange Frage: Abgeschaltet, aus und vorbei – wirklich?

Roland Jost

Nichts ist, wie es scheint: Fake News und Deep Fakes

Herbsttagung der Bezirkspersonengruppe Mitglieder im Ruhestand der GEW NW

// Schwerpunkt der diesjährigen Tagung waren Informationen und Hilfen, um sich ein wenig besser im „digitalen Dschungel“ zurechtzufinden. Unterstützt haben uns dabei Bianca Braun und Daniel Henrich von der Landeszentrale für politische Bildung. //



Fake News (falsche Nachrichten) begegnen uns immer wieder, sei es im Netz, in TV und Radio, in Printmedien oder auch im Gespräch mit Nachbarn und Freunden (Behauptungen Donald Trumps, Meldungen zum Corona-Virus, Berichterstattung über Migrant*innen....). Zwar gibt es falsche Nachrichten bereits seit der Antike, neu ist jedoch, wie schnell sie sich durch das Internet verbreiten. Zudem sorgen entsprechende Algorithmen dafür, dass uns gezielt Nachrichten zu unserer Interessensblase gezeigt werden. Fake News beschreiben weniger die unbeabsichtigten Fehler einer Nachricht, sondern absichtliche Falschmeldungen, oft in manipulativer Absicht.

Warum werden Fake News verbreitet?

- Die Urheber verfolgen kommerzielle Interessen (Clickbaiting, Sammeln möglichst vieler Klicks auf einer Seite).
- Fake News werden im Zusammenhang mit Verschwörungstheorien gefunden (die Mondlandung wurde im Filmstudio gedreht...).
- Die politische Meinung soll durch Fake News beeinflusst werden, gezielt streuen politische Gruppierungen Gerüchte und verdrehen Aussagen (z.B. Annalena Baerbock will Haustiere abschaffen....).

Wie gefährlich sind Fake News?

Oft werden Fake News gezielt für politische Propaganda eingesetzt, dadurch sinkt das Vertrauen in die Politik, in demokratische Prozesse (angeblicher „Wahlbetrug“ in Amerika) und auch in klassische Medien, wie Zeitungen und Radio- und Fernsehsendungen.

Weil jeder in den Sozialen Medien seine private Meinung uneingeschränkt kundtun kann, egal ob wahr oder falsch, verschwimmt die Grenze zwischen objektiv nachprüfbar Nachrichten und persönlichen Aussagen.

Den Wahrheitsgehalt von Meldungen zu überprüfen ist aufwändig.

Wie erkenne ich Fake News?

- Quelle prüfen (Teile eines Textes in eine Suchmaschine eingeben).
- Impressum kontrollieren (Vollständige Adresse muss vorhanden sein).
- Inhalte checken (Gibt es auf anderen Seiten noch mehr Berichte zum Thema?).
- Datum überprüfen (Ist das Datum aktuell?).
- Internetadresse überprüfen (Keine Fantasie-Adresse).
- Fotos und Videos überprüfen (z.B. Rückwärtssuche bei google).
- Expertenrat einholen (Recherche-Webseiten wie Correctiv.org oder mimikama.at).
- Selbst beurteilen (Erfahrung, gesunder Menschenverstand).

Was sind Deep Fakes?

Deep Fakes sind manipulierte Videos, die biometrische Merkmale von Personen wie Aussehen oder Stimme täuschend echt nachahmen. Mit Hilfe von KI (künstlicher Intelligenz) und Deep Learning werden die Videos zunehmend realistischer.

Eingesetzt werden könnten diese Fake-Videos zum Beispiel zur Beeinflussung von Wahlen, zur Börsenmanipulation, zur Verunglimpfung von Menschen (z.B. gefakte Pornovideos) oder um sie in den sozialen Medien der Lächerlichkeit oder Hetze preiszugeben. Da man sich bei nichts mehr vollkommen sicher sein kann, verlieren viele Menschen ihre Realitätsgewissheit.

Inzwischen gibt es zwar spezielle Programme, um Fälschungen zu entlarven, die Entwicklung dieser Software hinkt allerdings der rasanten Entwicklung der Deep Fakes hinterher.

Link: <https://www.lpb-bw.de/fake-news>



Annäherung an ChatGPT

ChatGPT ist ein Chatbot-Programm, das auf Künstlicher Intelligenz beruht und im Dezember 2022 vorgestellt wurde. Der Begriff „Chat“ bedeutet auf Deutsch „Plauderei“, während „Bot“ für Roboter steht. Ein Chatbot ist ein Roboter für Plaudereien oder Unterhaltungen.

ChatGPT wurde auf einer umfangreichen Sammlung von englischsprachigen Texten aus dem Internet trainiert und mit menschlichem Feedback optimiert. Dadurch kann ChatGPT Antworten erzeugen, die einer menschlichen Unterhaltung ähneln.

ChatGPT kann vielfältige Leistungen erbringen, wie zum Beispiel Suchmaschinenanfragen beantworten, komplexe Aufgaben lösen, Gedichte verfassen oder auch Computercodes entwerfen, um nur einige zu nennen.

ChatGPT hat kein Bewusstsein, kein Urteilsvermögen und keinen eigentlichen Sinn für die Bedeutung von Texten, es generiert Texte auf der Basis von Wahrscheinlichkeiten.

ChatGPT erfindet manchmal Antworten und Quellen, gibt zweifelhafte Ratschläge und verbreitet sogar Falschinformationen. Daher ist es ratsam, die generierten Informationen kritisch zu prüfen und gegebenenfalls weitere Quellen zu Rate zu ziehen.

ChatGPT ist nach vorheriger Registrierung zurzeit noch kostenlos nutzbar und erfasst Nutzungsdaten. Die Daten werden in den USA gespeichert und verarbeitet. Das Mindestalter für die Nutzung beträgt 13 Jahre, für die Registrierung 18 Jahre.

Beispiel eines durch ChatGPT erstellten Haikus zum Thema „Herbst“:

Herbstlaub fällt leis,
Farben tanzen auf dem Wind,
Natur ruht in Ruh'.

Link zur Webseite: <https://chat.openai.com>

Im App-Store von Apple gibt es auch eine App zum Herunterladen.

Marion Will

Auf Reisen

Interrail für Senior*innen - ein Erfahrungsbericht



Ohne Auto zu verreisen, war schon immer ein Teil der Reiseplanung von mir und meinem Mann. Gibt es nicht auch für Senior*innen ein Interrail-Ticket für das Reisen durch Europa?

Bei näherer Recherche allerdings haben wir den Kauf nicht erwogen, denn die Sitzplatzreservierung muss immer extra dazu gebucht werden, möglichst mit einer Service-App auf dem Handy. Bucht man direkt bei der französischen und spanischen Bahngesellschaft Verbindungen mit Schnellzügen, ist die Sitzplatzreservierung automatisch dabei. Außerdem wollten wir sicherheitshalber ein Online-Ticket in Papierform in der Hand haben.

Für die Vorbereitung unserer fünfzehntägigen Rundreise (Stuttgart, Bilbao, Zaragoza, Perpignan, Lyon) haben wir einige Zeit investiert, es sollte möglichst nichts dem Zufall überlassen werden: Hotels mit guten Verkehrsanbindungen und kurzen Entfernungen zu den Sehenswürdigkeiten. Die Onlineplattformen für Hotelbuchungen bieten immer auch einen Lageplan des Hotels an: Mein Mann hat eh ein Faible für Streckenpläne von Metro, Straßenbahnen und Bussen, und das Studieren der Stadtpläne schult das Orientierungsvermögen. Man glaubt nicht, was alles im Internet für diese Recherche angeboten wird! Und wenn dann vor Ort der Plan aufgeht und alles geklappt hat, beschleicht einen doch ein gewisser Stolz, sich in fremder Umgebung gut zurechtzufinden.

Diese Reise führte uns vor Augen, wie durchdacht die Verkehrskonzepte in anderen Ländern sind, was Schnelligkeit, Pünktlichkeit, gute Anbindung und moderate Preisgestaltung angeht.

Der schnelle TGV (bis zu 310 km/h) brachte uns am ersten Tag auf zwei Etappen mit Zwischenstopp in Paris in gut zehn Stunden bequem von Stuttgart an die französisch-spanische Grenze im Baskenland. Dort gibt es schöne, neue Regionalzüge, die im Stundentakt die Touristenziele ansteuern. Und selbst im hintersten Pyrenäendorf gibt es eine Bus- und Bahnverbindung nach Perpignan, die den „stolzen Preis“ von jeweils einem Euro erforderlich machte. Der Tourist soll vor Ort attraktive, klimafreundliche Angebote bekommen. Und kundenfreundlich sind auch Einheitstarife für Kurz- und Langstrecken bei Bussen in Perpignan, die dazu führen, dass das Lösen von Fahrkarten am Automaten ein Kinderspiel ist.



Bilbao: Guggenheimmuseum

In Lyon ermöglicht die Lyon-Card die Benutzung sämtlicher Verkehrsmittel einschließlich Museumsbesuche. Im Vorfeld unserer Reise sind wir bei unseren Bekannten auf viel Skepsis gestoßen. Eine gewisse Zuversicht und schon gute, frühere Erfahrungen mit den ausländischen Bahnen haben uns zu dieser Reise ermuntert. Wir sind mehr als zufrieden zurückgekehrt, allerdings mit einer einstündigen Verspätung durch die ICE-Fahrt auf der Rheinstrecke.

Wally Gollwitzer

Veranstaltungen der GEW

MIR- Gruppe Tuttlingen

Wir von der MiR-Gruppe Tuttlingen trafen uns im Jahr 2023 mehrere Male, um etwas gemeinsam zu unternehmen. Das ist der zweimonatliche Stammtisch jeweils am 2. Mittwoch im Hotel Ritter. Er wird vor allem von den Jungpensionär*innen besucht.



Stammtisch im Hotel „Ritter“

Am 24. Mai bekamen wir eine Führung von Geschäftsführer Michael Bauer hinter die Kulissen der Stadthalle. Alle Teilnehmer*innen waren sehr angetan und überrascht, was so im Hintergrund hier alles geleistet wird und wieviel Technik für die Abhaltung von Veranstaltungen nötig ist. Besonders interessant war die Licht- und Klimatechnik oberhalb der Bühne. Aber auch das Regiepult im Saal mit seinen zahlreichen Schaltern und Knöpfen begeisterte uns Senior*innen.



In schwindelnder Höhe oberhalb der Stadthallenbühne



Beim Dorfschulmeister

Am 27. September hielt der Dorfschulmeister im Freilichtmuseum Neuhausen ob Eck eine Unterrichtsstunde wie vor hundert Jahren. Es ging sehr streng zu, und ein Kollege bekam sogar (Schein-)tazten für ungebührliches Benehmen. Selbstverständlich mussten die „Schüler*innen“ auch mit einem Griffel in schönster Schrift auf einer Schiefertafel schreiben. Im Anschluss erhielten die Kolleg*innen noch einen kleinen Vortrag über Schulgeschichte in zwei Jahrhunderten. Ein besonderer Fokus galt auch dem harten Schicksal der Frauen in diesem Beruf, besonders am Anfang des 20. Jahrhunderts.

Erwin Ulmer

Herbsttagung Südwürttemberg MIR-Gruppe Tübingen



Schöne neue Welt, Teil zwei

// 1932 erschien der Roman „Schöne neue Welt“ von Aldous Huxley. Er schilderte eine Vision, wie sich das Leben auf diesem Planeten in den nächsten Jahrzehnten ändern wird. Und seine Visionen waren sehr nahe an dem, was wir heute erleben. //

Jetzt wäre der Zeitpunkt, wieder einen neuen Band zu dem Thema über die Zukunft unserer Welt aus heutiger Sicht zu schreiben. Nachdem Huxley schon längere Zeit nicht mehr lebt, brauchen wir einen neuen Visionär. Und es ist wieder einer da: Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Der kündigte (ausgerechnet) bei der Feier zum 75-jährigen Jubiläum des Deutsch-Französischen Instituts an, dass man Französisch als Fremdsprache an der Schule abschaffen könne. In zehn Jahren werden alle einen Kopfhörer tragen, der Ihnen alles übersetzt, was gerade in einer anderen Sprache gesagt wird. Und ich bin mir sicher, Herr Kretschmann denkt da auch noch weiter, denn man braucht dann in der Schule eigentlich gar keinen Fremdsprachenunterricht mehr.

Aber man benötigt auch keinen Deutschunterricht mehr, denn schon heute gibt es ganz einfache Programme, die einem das Geschriebene vorlesen, oder umgekehrt das Gesprochene aufschreiben. Auch der Aufsatzunterricht wird überflüssig sein. Dank KI werden bereits jetzt die meisten Texte vom PC kreiert. Deswegen kann der Deutschunterricht eigentlich komplett ausfallen. Aber auch bei allen anderen Fächern gibt es mittlerweile Lernfilme zum Herunterladen, die alles perfekt erklären. Die sinnvolle Schlussfolgerung: Das ganze Schulwesen ist Schnee von gestern. Und das ganze Zeug, was in der Schule unterrichtet wird, kann man auch vom heimischen PC aus erledigen.

Eine großartige Idee! Was meint Ihr, wie man da sparen kann: keine Schulen, keine Lehrer, keine Sozialarbeiter, keine PHs etc. Und mit den frei gewordenen Lehrer*innen könnten die dringend gesuchten Mitarbeiter in der Industrie, dem Handwerk, der Pflege und

der Gastronomie endlich besetzt werden. Welch ein Segen für unsere Volkswirtschaft. Und wer behauptet, Kinder und Heranwachsende brauchen Kontakte mit Gleichaltrigen, den kann man beschwichtigen: Wer heute junge Menschen zusammenstehen sieht, merkt, dass diese gar nicht mehr miteinander reden, sondern dass jeder nur noch auf sein Smartphone schaut. „Schöne neue Welt!!!!“



Doch halt! Vielleicht kann die KI doch nicht alles: Herr Kretschmann sollte mal in ein Übersetzungsprogramm „The Länd“ eingeben, möglicherweise wäre das mit einer solch poetischen Wortkreation doch überfordert.

Erwin Ulmer Tuttlingen





www.gew-bw.de